



Neue Wege bei Kontrolle polizeilicher Tätigkeit

Linksfraktion mit umfangreichen Änderungen zum Thüringer Polizeiaufgabengesetz

Wie auch zum Beispiel die Thüringer Rechtsanwaltskammer sieht die Linksfraktion Änderungsbedarf bei der von der Landesregierung jetzt dem Thüringer Landtag vorgelegten Novelle des Polizeiaufgabengesetzes.

Am 21. November 2012 hatte der Thüringer Verfassungsgerichtshof auf Klage mehrerer Rechtsanwälte hin geurteilt, „dass die Änderung des Polizeiaufgabengesetzes im Jahr 2008 mit der Thüringer Verfassung überwiegend nicht vereinbar ist“.

Durch das Änderungsgesetz vom 16. Juli 2008 wurden insbesondere die Befugnisse der Polizei zur heimlichen Erhebung von Daten neu geregelt, wie der Einsatz verdeckter Ermittler, das Abhören von Telefonaten sowie die optische und akustische Überwachung von Wohnungen. Das Verfassungsgericht hatte den Landtag aufgefordert, das Polizeiaufgabengesetz bis zum September 2012 verfassungskonform zu ändern.

„Wenn die Landesregierung jetzt ihren Gesetzentwurf zur ersten Beratung einbringt, legt die Fraktion DIE LINKE alternativ einen umfangreichen Änderungsentwurf vor. Während sich die Landesregierung allein auf die vom Verfassungsgericht explizit genannten Vorgaben bezieht, halten wir es für notwendig, den gesamten Bereich der polizeilichen Gefahrenabwehr einer grundlegenden Überarbeitung zu unterziehen“, betonte die innenpolitische

Sprecherin der Linksfraktion Martina Renner. Schwerpunkte der Novellierungsvorschläge der Fraktion DIE LINKE sind die Anhebung der polizeilichen Eingriffsschwellen insbesondere für schwerwiegende Eingriffe in Grundrechte, Streichung der Befugnisse zur sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung und zum Einsatz sogenannter IMSI-Catcher, Stärkung der Rechte der von polizeilichen Maßnahmen betroffenen Personen und Erweiterung der Auskunftrechte von Betroffenen.

Außerdem will die Linksfraktion eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte gesetzlich verankern, um Kontrolle und Transparenz polizeilichen Handelns künftig zu stärken. Dabei werden bei der Art der Kennzeichnung begründete Schutzinteressen von Polizeibeamten berücksichtigt, die in geschlossenen Einheiten agieren.

„Ganz neue Wege wollen wir bei der Kontrolle der polizeilichen Tätigkeit gehen. Insbesondere die Befugnisse zur verdeckten Datenerhebung, also quasi geheimdienstliche Befugnisse zur Gefahrenabwehr, erfordern eine weitestgehende parlamentarische Kontrolle, die bislang nicht gewährleistet ist. Dazu schlagen wir neben einer Polizeibeschwerdestelle die Bildung eines parlamentarischen Polizeiausschusses mit Kontrollrechten und -befugnissen vor“, sagte Martina Renner.

Sie verwies darauf, dass in den letzten Jahren im Schatten der Debatte um Terrorismusabwehr und Geheimdienst-

kontrolle die Befugnisse der Polizei in einem bislang kaum kontrollierbaren Bereich permanent auch über die Grenzen des verfassungsrechtlich Zulässigen ausgeweitet wurden.

Erst durch Entscheidungen der Verfassungsgerichte wurde der Staat wieder in seine verfassungsmäßigen Grenzen verwiesen, wie im Falle des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes auch. „Nun komme es darauf an, dass das Parlament selbst wieder die Gestaltungshoheit über grundrechtsrelevante Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden an sich nimmt und einen bürgerrechtlich verantwortlichen Ausgleich zwischen Sicherheitsinteressen einerseits und dem Anspruch an eine freie Gesellschaft andererseits vornimmt“, betonte die Innenpolitikerin der Linksfraktion.

Die Thüringer Rechtsanwaltskammer hatte in der Woche vor der Landtagssitzung verschiedenen Änderungsbedarf angemeldet. Zum Beispiel müsse deutlicher geregelt werden, wie der persönliche Kernbereich und die Intimsphäre bei Überwachungen geschützt werden können.

Kritisiert wurde explizit, dass nach den Vorschlägen der Landesregierung bei Demonstrationen zur Gefahrenabwehr für drei Tage das Abschalten von Funkzellen für den Mobilfunk möglich sein soll, erst dann müsste ein Richter hinzugezogen werden. Besser geschützt werden müssten Juristen oder Journalisten als berufliche Geheimnisträger. ■

KOMMENTIERT:

von Jörg Kubitzki

Lückenlose Aufklärung

Die Thüringer Landesregierung muss schnellstmöglich ermitteln, welche Folgen die Tests der west-deutschen Pharmaindustrie an ehemaligen Bürgern der DDR hatten. Schließlich sind auch an Thüringer Kliniken Testreihen durchgeführt worden.

Diese Tests beweisen die Profit-sucht der Pharmaindustrie einerseits, aber andererseits auch die Gewissenlosigkeit der ehemaligen DDR-Regierung, ihre eigene Bevölkerung auf Jagd nach Devisen als Versuchsobjekte zu missbrauchen.

Durch eine parlamentarische Initiative will die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Landesregierung auffordern, dass an den Thüringer Universitätskliniken und Krankenhäusern ermittelt wird, wie viele Patienten an den Versuchen beteiligt waren, ob gesundheitliche Schäden verursacht wurden - wenn ja, welche - und wie viele Personen an den Folgen der Tests verstorben sind.

Nur durch lückenlose Aufklärung kann den Opfern geholfen werden. Die Thüringer Landesregierung sollte deshalb im Bundesrat die Initiative ergreifen, dass auf Grundlage des Opferentschädigungsrechts ein Fonds zur Wiedergutmachung eingerichtet wird und neben den staatlichen Stellen auch die damals beteiligten Pharmaunternehmen zur Verantwortung gezogen werden“, unterstreicht der Gesundheitspolitiker der Linksfraktion. Diese schrecklichen Vorfälle müssen auch Anlass sein, die heutige Testpraxis der Pharmaindustrie auf den Prüfstand zu stellen. So sei erst in der jüngsten Vergangenheit durch Fernsehberichte belegt worden, dass vermehrt Hartz-IV-Bezieher an Testreihen teilnehmen, ohne dass eine exakte stationäre Kontrolle dieser Personen erfolgt.

Große Pharma-Firmen betreiben seit Jahren ihre Testreihen in Entwicklungsländern wie Bangladesch, Indien, China und Afrika. DIE LINKE im Bundestag hat in einer Kleinen Anfrage kritisiert, dass Pharmakonzerne ihre Arzneimitteltests zunehmend in Entwicklungsländer verlagern. Pro Jahr führen die Unternehmen derzeit etwa 20.000 klinische Studien in Schwellenländern durch. Zugleich geht die Anzahl der beantragten Studien in der Europäischen Union deutlich zurück. Die Pharmaindustrie versucht, mit der Verlagerung in Entwicklungs- und Schwellenländer vor allem Geld zu sparen. ■

AKTUELL

Unterstützung für NSU-Opferfamilien

Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, begrüßt es sehr, dass der „von uns unterbreitete Vorschlag einer Thüringer Initiative der Solidarität mit den Familien der von den Thüringer Naziterroristen Ermordeten bei Ministerpräsidentin Lieberknecht umgehend auf positive Resonanz getroffen ist und ein solch wichtiges Signal von Thüringen ausgehen wird“.

Ramelow und seine Stellvertreterin Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, hatten sich mit einem Schreiben an die Landesregierung gewandt, denn während die Angehörigen der Opfer mit großem Schmerz erleben müssen, wie schwerfällig der NSU-Prozess an-

läuft und sich für sie die Kosten für ihre Teilnahme an den Verhandlungen in München summieren, muss der Staat für die Täter-Anwesenheit aufkommen. „Hier könnte der Freistaat Thüringen, vertreten durch die Landesregierung, ein deutliches und klares Zeichen setzen. Wir schlagen deshalb vor, dass, so wie die Evangelische Kirche in Bayern, auch das Land Thüringen eine klare Kostenübernahme für die An- und Abreise und für die Übernachtung der Familien der Opfer übernimmt“, heißt es im Brief der Linkspolitiker. Frau Lieberknecht habe ihm ein entsprechendes Thüringer Signal angekündigt, sagte Ramelow und unterstrich, wie wichtig es ist, dass es „zu einer wirksamen Unterstützung aus Thüringen für die Opferangehörigen noch in der Starphase

des Prozesses“ kommt. Es sei ein „gutes Zeichen“, dass es hierbei „in Thüringen keinen Parteienstreit gibt und dass die Opfer und ihre Angehörigen im Vordergrund stehen“.

Ramelow und Renner hatten in ihrem Brief auch an den Vorschlag, einen Platz des Gedenkens in Thüringen zu entwickeln, erinnert: „Hierzu wäre jetzt ebenso die Zeit gekommen, denn an den Orten der Ermordungen werden zurzeit Zeichen des Gedenkens gesetzt. Sei es durch mahnende Steine, Inschriften und Tafeln oder durch Umbenennung von Straßen und Plätzen. Hier in Thüringen müssten wir ein anderes Zeichen setzen und auch deutlich machen, dass uns als Freistaat eine große Verantwortung aus dem Geschehen erwächst.“ ■